

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 12

Artikel: Reden mit Pretoria
Autor: Tickle, Ian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094456>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stungsnormen vorschreibt und jenen, die diese erreichen, Auszeichnungen verschiedener Kategorien verleiht. Es ist moralische Pflicht der Jugendlichen, am Wettkampf teilzunehmen.

Besondere Sorge gilt der sog. «militärpatriotischen Erziehung» der Bürger ab 10. Lebensjahr. Für die Kinder werden jährlich mehrere Kriegsspiele organisiert. Kinder und Jugendliche nehmen teil an den «Allunionsmärschen zu den Ruhmesstätten der Revolution, der Arbeit und des Krieges», welche mit Übungen, Kriegsspielen, mit Aufklärungs- und Propagandaarbeit unter der Bevölkerung verbunden sind.

Durch das komplizierte System der «Verteidigungsindustrie» wird ein grosser Teil der Wirtschaft jedes Ostblockstaates militarisiert, während die DOSAAF für die Militarisierung der Gesellschaft sorgt. Sie zählt rund 90 Millionen Mitglieder.

Warum darf die innere Militarisierung kein Verhandlungsthema sein?

Die sowjetischen Abrüstungsvorschläge haben die innere Militarisierung ständig ausser acht gelassen. Erstes Anliegen aber sollte nicht die technische Abrüstung, sondern die Reduzierung der fortwährenden Kriegsbereitschaft von Wirtschaft und Gesellschaft bzw. die Reduzierung der zahlenmässigen Stärke der Streitkräfte sein.

Eine zweite Grundforderung wäre der Verzicht auf die sog. «militärpatriotische Erziehung», welche zum Ziele hat, in der Bevölkerung den «Hass auf den (kapitalistischen und hegemonistischen) Feind» und die ständige Kriegsbereitschaft (offiziell «Verteidigungsbereitschaft») zu erzeugen. Sie ist eine Art Propaganda des «gerechten Krieges».

Der letzte Satz des Verfassungsartikels 28 lautet: «In der UdSSR ist Kriegspropaganda verboten.» Derselbe Artikel scheint aber diesem Grundsatz zu widersprechen: «Die Aussenpolitik der UdSSR ist darauf gerichtet, ... den Kampf der Völker um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt zu unterstützen.» Dies ist die konstitutionelle Rechtfertigung der Unterstützung regimfeindlicher Aktivitäten im Ausland, unter dem Vorwand des «Fortschrittes». Diese Verfassungstheorie sollte also abgeklärt werden, noch vor Beginn von ernsthaften Gesprächen.

Die letzte Frage ist: Wofür braucht die UdSSR eine so riesige Armee und Rüstung? Vor 1945 berief sich Stalin immer auf die «imperialistische Umkreisung»; der heutige Slogan ist die «Garantie des Friedens». Dabei handelt es sich aber um eine «pax sovietica», einen «gerechten Frieden», welcher den Export der Revolution und die «friedliche» Expansion des Sowjetstaates bei Passivität der anderen Seite garantiert.



Die Sowjetunion führt einen weltweiten Propagandakrieg gegen den unverhältnismässig kleineren Militarismus jener Länder, die sie als Feinde zu betrachten beliebt. Es wäre an der Zeit, den wahrhaftigen Militarismus der UdSSR zu einem internationalen Traktandum zu machen. Auch um unsern Friedenskämpfern endlich Sinn für Proportionen zu geben.

Ian Tickle über einen neuen Aspekt der amerikanischen Afrikapolitik

Reden mit Pretoria

Wer wird im Jahre 2000 in Südafrika herrschen? Die Weissen. Und was wird 1 Kilo Brot kosten? 2 Rubel. Schwarzer Humor von Weissen, die rot sehen. Die pointierte Prognose ist ernst zu nehmen. Aber sie braucht nicht Schicksal zu sein. Davon ist jedenfalls der amerikanische Präsident Reagan überzeugt. Er anerkennt für Südafrika keine Fatalität der Konfrontation. Und deshalb will er mit Pretoria reden.

Die amerikanische Politik in Afrika ist in den letzten Jahren nicht zu erfolgreich gewesen. Sie hat nicht verhindern können, dass mit Waffen- und Söldnergewalt sowjetkontrollierte Regimes überall im Kontinent aufgestellt wurden, und sie hat das Ende des Apartheid-Regimes in Südafrika nicht herbeiführen können. Und in Rhodesien kam nicht jener Friede zustande, den Kissinger hatte herbeizaubern wollen.

Die Realitäten anerkennen

So ist es Präsident Reagan nicht vorzuwerfen, wenn er neu überprüfen will, was die Amerikaner zur Unterstützung freiheitlicher Ideale in Afrika beitragen können. Ein Element des neuen Anlaufs betrifft Südafrika.

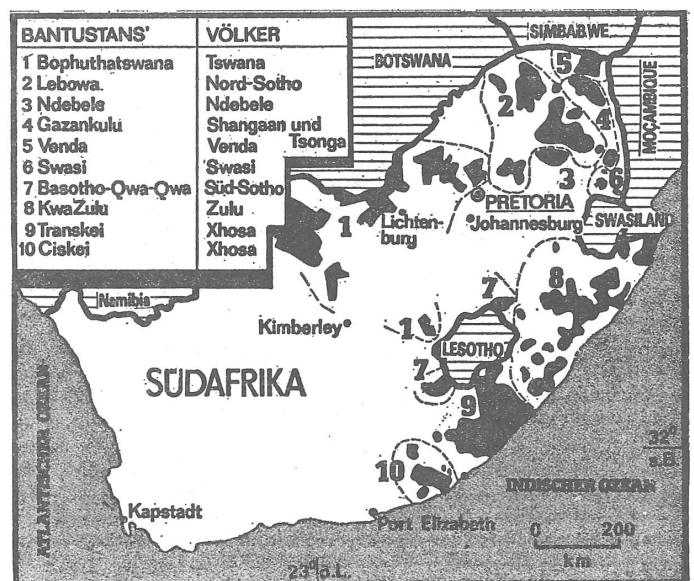
In Washington geht man davon aus, dass sich in Südafrika nichts dadurch ändern wird, dass man sich weigert, mit der Regierung zu reden. Das war die Methode vorher, und sie hat nicht gewirkt.

Es gibt viele Diktaturen in der Welt, mit denen die USA im Gespräch sind, und alle Welt be-

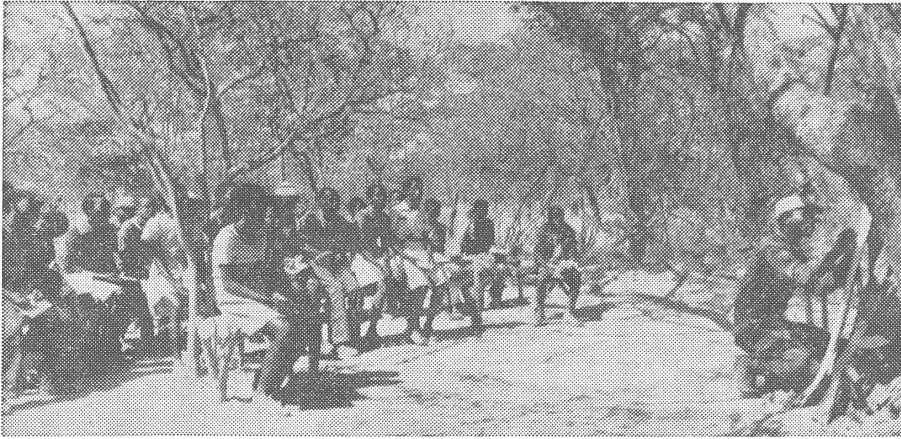
trachtet das als Selbstverständlichkeit. Eine mögliche Reaktion auf die sowjetische Invasion Afghanistans wäre der Abbruch der Beziehungen zu Moskau gewesen; aber was hätte das eingebracht? Schon mit ihren nuancierten Gegenmassnahmen (Kürzung von Getreidelieferungen und Technologie-Export nach der Sowjetunion) blieben die Amerikaner ja so gut wie allein. Auch andere Länder halten in andern Zusammenhängen die Anerkennung der Realitäten für ein erstrangiges Erfordernis. Sollten nur im Falle Südafrikas die Realitäten nicht zu berücksichtigen sein?

Praktisch freilich stellt sich die Frage dennoch: Bringt nicht die Bereitschaft zum Gespräch mit Pretoria die USA in Gegensatz zu den afrikanischen Staaten?

Für afrikanische Länder ist es Sache eines absoluten Prinzips geworden, keine Kontakte zum Staat der Rassentrennung zu haben. Indessen ist das absolute Prinzip nicht notwendigerweise auch die Praxis. Mehrere Mitglieder der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) haben



Das territoriale Prinzip des Apartheid-Systems verkörpern die sogenannten Bantustans, nämlich die «selbstverwalteten» Gebiete, die den Schwarzen reserviert sind. Indessen wollen die Afrikaner keine Folklore-Inseln, sondern Teilnahme am politischen Leben des gesamten Landes.



In Namibia operiert die Befreiungsbewegung Swapo (Südwestafrikanische Volksorganisation) gegen die Regierungstruppen und deren südafrikanische Obhut. Moskau und seine Satelliten haben sich zu Verbündeten dieser bewaffneten Organisation erklärt und rüsten sie politisch gegen den Westen auf. Die Sowjetunion hofft, aus dieser jetzigen Rebellenarmee ...

Handelsbeziehungen mit Südafrika, und die anderen OAU-Mitglieder machen kein Aufhebens davon.

Apartheid als sowjetischer Entwicklungshelfer

Die USA wollen bei der Lösung von Problemen im südlichen Afrika mithelfen, insbesondere bei der Frage von Namibia (Südwestafrika), dem noch immer von Südafrika verwalteten UNO-Treuhandgebiet, dessen Regierung von den Vereinten Nationen nicht anerkannt wird. Soll das Problem gelöst werden, muss man mit Südafrika reden.

Aber auch sonst. Südafrika ist strategisch überaus wichtig, und ein wichtiger Punkt betrifft die Sowjetunion, welche die Unabhängigkeit der Länder in dieser Region bedroht; sie hat ja genügend andere Länder des Kontinents in ihre neokoloniale Abhängigkeit gebracht.



... später eine wohldressierte Armee zu machen, wie sie die sowjetisch oberkommandierten und kubanisch umrahmten MPLA-Verbände in Angola darstellen, die man gegen Partisanen und Bevölkerung einsetzt.

Nun vermeint man in Pretoria, dass das Apartheid-Regime so etwas wie das letzte Bollwerk gegen die Sowjetexpansion darstelle, wogegen man in Washington im Gegenteil davon überzeugt ist, dass gerade die südafrikanische Apartheid-Politik das Element ist, das den Sowjets die grösste Chance gibt, die ganze Region unter ihre Kontrolle zu bringen. «Wir denken», sagte ein amerikanischer Kongresssprecher von den Südafrikanern, «dass ihre Innenpolitik den sowjetischen Vormarsch begünstigt; auch deshalb wollen wir sie ermutigen, ihre Reformen zu beschleunigen.»

Schützengrabenmentalität à la Rhodesien früher?

Es hat sich bei den jüngsten Parlamentswahlen — bei denen nur Weisse wahlberechtigt waren — gezeigt, dass Ministerpräsident Piet Botha von Reformern und Reformfeinden zugleich be-

drängt wird. Er hat seinen Weg innerhalb des bestehenden Systems zu finden, wie inakzeptabel es in bestimmten Charakteristiken auch immer sein mag. Die gegebene Wählerschaft muss mitmachen, und keine Wählerschaft lässt sich gern nötigen. Man kann sie sehr leicht in eine Stimmung bringen, in der sie sich in ihre Schützengräben zurückzieht, um dem Rest der Welt zu trotzen.

Das war seinerzeit in Rhodesien der Fall gewesen. Heute gibt es im nunmehrigen Simbabwe viele Weisse, die sich die Augen reiben und nicht mehr so recht verstehen, warum es vorher im Krieg denn eigentlich ging. Die Änderungen in der Regierung sind nicht so, dass Tausende von Menschenleben hätten geopfert werden müssen, um sie zu verhindern. Und Genosse Muga-be ist als Ministerpräsident bisher wenigstens den sowjetischen Einflüssen gegenüber resistenter geblieben, als seinen Ankündigungen zuvor zu entnehmen war. Hätte sich das Regime Smith noch länger verteidigt, wäre es nur von Extremisten abgelöst worden.

Im Falle von Rhodesien war die Kommunikationsverweigerung ein Hauptgrund für die Illusionen gewesen, welche die Weissen um sich herum aufbauten. Als allen Aussenstehenden schon längst klageworden war, dass der Bürgerkrieg nur *einen* Ausgang nehmen konnte, glaubten die regierenden Weissen in Salisbury immer noch an ihren Sieg.

Rhodesien ist, wie es scheint, sozusagen mit einem blauen Auge davongekommen; aber wenn sich eine wirklichkeitsfremde Trotzstimmung in Südafrika festsetzen sollte, wäre auch der schlimmste Ausgang möglich. Der rhodesische Bürgerkrieg darf sich in Südafrika nicht wiederholen. Er braucht es auch nicht.

Die Demontage und die Zeit

In Südafrika gibt es auch unter der weissen Wählerschaft durchaus starke Kräfte, welche die Apartheid abmontieren wollen, so rasch es vernünftigerweise geht. Das deckt sich mit der Auffassung der Amerikaner. «Unsere Politik impliziert für keinen Augenblick, dass die USA die Apartheid in Südafrika annehmbar finden», sagt Chester Crocker, Unterstaatssekretär für afrikanische Angelegenheiten.

Als man die rhodesische Verstrickung zu lösen suchte, empfing Präsident Kaunda von Sambia auf seinem Staatsgebiet sowohl den damaligen südafrikanischen Ministerpräsidenten John Vorster als auch den rhodesischen Ministerpräsidenten Ian Smith. Kaunda war offensichtlich der Meinung, die prinzipielle Boykottpolitik gegenüber den rassistischen Staaten vertrage eine Ausnahme zugunsten des Friedens.

Die Amerikaner müssen die Entschlossenheit der afrikanischen Staaten respektieren, mit Südafrika nichts zu tun zu haben. Aber es wäre unbehelflich, sie als Beispiel für eine eigene Regierungspolitik zu nehmen.

In mancher Hinsicht hat sich Präsident Reagan als Pragmatiker erwiesen. Er misst den Wert einer Politik an ihrer Wirkung. Was das südliche Afrika angeht, so möchte er dazu beitragen, die Apartheid aufzuheben ohne das Blutvergiessen eines Bürgerkrieges und ohne Ueberlassung der Region an das wachsende sowjetische Kolonialimperium. Die Sowjetunion braucht die Apartheid für den Apartheid-Krieg. Der Westen braucht weder die Apartheid noch den Krieg. ■